

Blüher, Curt (Kurt) Bernhard Ottomar ♂ MdL, DVP-Politiker, Jurist, Bürgermeister von Freiberg, Oberbürgermeister von Dresden, ★ 11.04.1864 Freiberg, † 12.07.1938 Dresden, ☉ Dresden (Johannisfriedhof Tolkewitz).

Vater: Theodor Heinrich Ottomar (1824–1891), Rechtsanwalt, Stadtrat in Freiberg; **Mutter:** Therese, geb. Canzler; **Geschwister:** Helene (★ 1854); Jenny Sidonie (1858–1886); ☉ 1892 Anna Elisabeth, geb. Stavenhagen (1868–1953); **Sohn:** Horst (★ 1893), Reichsbahnrat; Heinrich (★ 1895), Ingenieur; **Tochter:** Ilse (★ 1896).

B. war 1915 bis 1931 Oberbürgermeister von Dresden und erwarb sich große Verdienste bei der Entwicklung Dresdens zu einer modernen Großstadt. – B.s Vorfahren, darunter Juristen, Beamte und Geistliche, lassen sich bis ins 16. Jahrhundert im sächsischen Raum nachweisen. B. besuchte die Fürstenschule in Meißen und studierte dann Rechtswissenschaft an den Universitäten Leipzig und Berlin. Nach dem Referendariat übernahm er 1892 die Rechtsanwaltspraxis seines Vaters in Freiberg. 1898 erfolgte die Wahl B.s zum Stadtverordneten und bereits ein Jahr darauf wurde er für zehn Jahre zum Bürgermeister von Freiberg gewählt. Anlässlich der Berufung als Oberverwaltungsgerichtsrat nach Dresden verlieh ihm die Stadt Freiberg 1909 das Ehrenbürgerrecht. Am 31.3.1915 wählten Rat und Stadtverordnete in einer gemeinschaftlichen Sitzung unter Vorsitz von Oberbürgermeister Gustav Otto Beutler B. zum neuen Oberbürgermeister von Dresden; am 1.10.1915 trat er das Amt an. Im zweiten Kriegsjahr war es eine der dringendsten Aufgaben, die Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Dabei erhielten die städtischen Behörden Unterstützung von der Kriegsorganisation Dresdner Vereine, deren Vorsitz B. 1916 von Beutler übernahm. In Anerkennung seiner umsichtigen Amtstätigkeit wurde B. am 27.6.1918 vorzeitig zum Oberbürgermeister auf Lebenszeit gewählt. Trotz der mit Kriegsende und den revolutionären Ereignissen im November 1918 eingetretenen politischen Veränderungen blieb er weiterhin im Amt. Die Königliche Haupt- und Residenzstadt Dresden wurde Hauptstadt des Freistaats Sachsen und trug seit der Verfassung von 1924 die Bezeichnung Landeshauptstadt Dresden. Im Ergebnis der am 9.2.1919 nach dem allgemeinen gleichen Verhältniswahlrecht erfolgten

Kommunalwahl in der Stadtverordnetenversammlung stellten die linken Kräfte die Mehrheit. B. bemühte sich auch weiterhin, als Mann des Ausgleichs mit Sachlichkeit die vielfältigen Aufgaben des Alltags zu bewältigen und hatte immer die übergeordneten Interessen der Stadt im Blick. Er wirkte über Dresden hinaus und trat als Mitglied in verschiedenen kommunalen Zweck- und Interessenverbänden für die Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen ein, so als stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Städtetags und als Vorsitzender des Sächsischen Gemeindetags. – Bereits seit 1915 war B. Mitglied des Sächsischen Landtags, zunächst in der Zweiten Kammer als Abgeordneter (Nationalliberale Partei) des Wahlkreises Dresden 3, dann als Oberbürgermeister in der Ersten Kammer und von 1919 bis 1930 (Mandatsniederlegung wegen innerparteilicher Auseinandersetzungen) als Vorsitzender der DVP-Fraktion. – B. stellte sich einer notwendigen Reform der Gemeindegesetzgebung und war Sachverständiger für ein vom Deutschen Städtetag vorgelegtes Kommunalisierungsgesetz. Als die neue Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen von 1923 die Machtverhältnisse zwischen den beiden städtischen Körperschaften deutlich zugunsten der Stadtverordneten verschob, fand dies nicht B.s Zustimmung und er war zufrieden, als das in der novellierten Fassung von 1925 wieder geändert wurde. B. trat für eine Neuordnung und Vereinfachung der Stadtverwaltung ein, u.a. mit der Ratsordnung vom 15.7.1927. Als Oberbürgermeister war er Mitglied aller drei Ratsabteilungen. Der 1. Ratsabteilung stand er selbst vor, ihm unmittelbar unterstellt war das Ratsdirektorium zur Führung der Geschäfte des Oberbürgermeisters. Zur Arbeitsgestaltung der Stadtverwaltung nach Prinzipien moderner Betriebsführung wurde 1925 eine Beratungsstelle für Büromaschinen geschaffen, für die B. die Oberaufsicht hatte. Fragen der Wirtschaftlichkeit waren auch 1922 ausschlaggebend beim Übergang der städtischen Werke zur Betriebsführung nach privatwirtschaftlichen Prinzipien. Bei den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sowie bei der Straßenbahn gipfelte diese Entwicklung 1930 in der Bildung von Aktiengesellschaften. B.s Verantwortung stieg weiter durch zahlreiche Eingemeindungen und die damit verbundene Zunahme der Einwohnerzahl von etwa 530.000 auf 633.500 sowie der Ausdehnung des Stadtgebiets von 7.195 auf 12.287 Hektar. Im Interesse neuer Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der

Stadtplanung (Wohn-, Industrie-, Gewerbe- und Freizeitgebiete) und des Ausbaus des Verkehrsnetzes förderte er die Vergrößerung des städtischen Grundbesitzes. Darüber hinaus entwickelte sich ein großzügiger Wohnungsbau, in den B. persönlich als Aufsichtsratsvorsitzender der Siedlungsgesellschaft Dresden-Stadt und -Land sowie als Aufsichtsratsmitglied der Land- und Siedlungsgesellschaft einbezogen war. Während seiner gesamten Amtszeit erwies sich die Kriegs- und Erwerbslosenfürsorge als eine Aufgabe immensen Ausmaßes, für deren Lösung der Finanzbedarf der Stadt ständig stieg. Ohnehin waren die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt durch die neue Reichssteuer- und Reichsfinanzpolitik stark eingeschränkt. Beim Um- und Ausbau der Wohlfahrtspflege konnten die Probleme auf sozialem Gebiet nur partiell gelindert werden. Zur Förderung einer aktiven Gesundheitspolitik wurde 1920 eine städtische Geschäftsstelle (später Amt für Leibesübungen) errichtet. Mit großem Engagement trat B. zudem für bessere Bildungsmöglichkeiten ein. Bei der Gründung des Vereins Volkshochschule Dresden 1919 beispielsweise übernahm er dessen Vorsitz. Als Mitglied des Verwaltungsrats der Gesellschaft von Förderern und Freunden der Technischen Hochschule Dresden widmete sich B. seit 1921 auch dem umfassenden Ausbau dieser Bildungseinrichtung, die ihn 1922 für seine Verdienste zum Ehrensenator ernannte und ihm 1926 die Ehrendoktorwürde (Dr.-Ing. E.h.) verlieh. Er setzte sich für die Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Technische Hochschule (1929) ein, sodass diese nicht nach Leipzig verlegt wurde. Mit der Unterstützung der Ansiedlung von Forschungsinstituten (u.a. Kaiser-Wilhelm-Institut für Lederforschung) trug B. zur Entwicklung Dresdens als Zentrum der Wissenschaften ebenso bei wie mit der Förderung des Baus des Deutschen Hygiene-Museums (1927-1930). Er war Vorsitzender des Vorstands des Deutschen Hygiene-Museums und Ehrenvorsitzender des Präsidiums der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930. Dafür erhielt er das Ehrenzeichen 1. Klasse des Deutschen Roten Kreuzes. Hervorzuheben ist auch sein Wirken im Ehrenpräsidium der seit 1922 jährlich in Dresden gezeigten thematischen Ausstellung „Jahresschau Deutscher Arbeit“, im Verwaltungskollegium der Sächsischen Staatstheater und bei der Förderung des Fremdenverkehrs. Außerdem war B. Mitglied in vielen Aufsichtsräten und Wirtschaftsgremien, u.a. im Reichswirtschaftsrat, im

Reichseisenbahnrat, in der AG Sächsische Werke und der AG für hygienischen Lehrbedarf. – Am 31.3.1931 trat B. in den Ruhestand. Die Stadt benannte nach ihm eine Straße und eine Parkanlage nahe dem Hygiene-Museum.

Quellen: Stadtarchiv Dresden, Ratsarchiv, Finanzamt, Stadtverordnetenakten.

Werke: Staatsbeamtenrecht im Königreich Sachsen, Leipzig 1913; Gemeindebeamtenrecht im Königreich Sachsen, Leipzig/Berlin 1914; Dresdens Stadtverwaltung in den ersten vier Kriegsjahren, in: Dresdner Kalender 1919, S. 33-60 (P); Dresdens Stadtverwaltung nach der Revolution von 1918, in: ebd. 1920, S. 27-41; Zur Geschichte der Verfassung der sächsischen Städte, in: Jahrbuch Sachsen 1925, S. 35-49; Dresden. Die Novelle zur Sächsischen Gemeindeordnung vom 15. Juni 1925, in: ebd. 1926, S. 16-33; Dresden und seine Entwicklung, in: ebd. 1930, S. 23-29; Zur Geschichte der Familie Blüher, Dresden 1936 [MS].

Literatur: C. Hermann, Oberbürgermeister der Stadt Dresden Bernhard B., in: Dresdner Geschichtsbuch, hrsg. vom Stadtmuseum Dresden, Bd. 4, Altenburg 1998, S. 108-122 (P); J. Matzerath, Aspekte sächsischer Landtagsgeschichte. Präsidenten und Abgeordnete von 1833 bis 1952, Dresden 2001, S. 38, 92, 150 (Bildquelle); E. Döscher/W. Schröder (Bearb.), Sächsische Parlamentarier 1869-1918, Düsseldorf 2001, S. 227, 350 (P). – DBA II, III; DBE 1, S. 580; H. A. L. Degener (Hg.), Wer ist's?, Leipzig ¹⁰1935, S. 140; R. Volz (Hg.), Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. 1, Berlin 1930, S. 151.

Portrait: J. Mogk, 1916, Ölgemälde, Städtische Galerie Dresden.

Christel Hermann

2.5.2011

Empfohlene Zitierweise: Christel Hermann, Blüher, Curt (Kurt) Bernhard Ottomar, in:
Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.
Online-Ausgabe: <https://www.isgv.de/saebi/> (13.7.2021)

Normdaten:

Permalink: <https://saebi.isgv.de/gnd/133562581>

GND: 133562581

SNR: 600

Bild:



PDF-Erstellungsdatum: 13.7.2021

LaTeX-PDF